



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

Pressemitteilung der Bürgerallianz

Landesregierung ist bürgerfern und sagt nicht die Wahrheit

Die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. fordert die Landesregierung zum wiederholten Male auf, einen öffentlichen Dialog zum Problemkreis der Kommunalabgaben zu führen. Die Ministerpräsidentin verweigert sich seit Monaten konkreten Gesprächen mit der Bürgerallianz über das praktizierte Unrecht, welches durch die Anwendung von Zwangsbeiträgen entsteht. Die politische Schonfrist für Frau Lieberknecht ist abgelaufen.

Trotz tausendfachen Protesten sieht die Landesregierung „keine Notwendigkeit“ zu Gesprächen mit den Vertretern der Betroffenen.

Es ist eine Frechheit und zudem die **Unwahrheit**, wenn Regierungssprecher Peter Zimmermann am 29.01.11 dann noch erklärt, dass die Vorschläge der Bürgerallianz in den Gesetzentwurf der Landesregierung eingeflossen seien.

Die Bürgerallianz hat gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum e.V. eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung im Landtag durchgeführt.

Die Vertreter von CDU und SPD glänzten durch Abwesenheit.

Das Ergebnis der Diskussion war eindeutig, der Gesetzentwurf der Landesregierung löst kein wichtiges Problem. Dieser Gesetzentwurf wird der Notwendigkeit der Änderung des Thür.KAG nicht gerecht, weil er keine Maßnahmen enthält, die tatsächlich zu gerechten und bezahlbaren Kommunalabgaben führen. Wege zur Lösung der Beitragsproblematik in Thüringen werden im GE nicht aufgezeigt.

Die vielen Anregungen aus der Bevölkerung wurden offensichtlich missachtet.

Der Gesetzentwurf beseitigt nicht das Unrecht, er wird deshalb **abgelehnt**.

Wir fordern nun die Landesregierung auf, sich dem Gesetzentwurf der Grünen und der LINKEN anzuschließen und durch eigene konstruktive Vorschläge zu einer bürgerfreundlichen, juristisch einwandfreien und finanzierbaren gesetzlichen Lösung zu kommen.

Eine öffentliche mündliche Anhörung sollte unbedingt durchgeführt werden

Der Standpunkt der Bürgerallianz ist und bleibt:

„Nur die gesetzliche Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau schafft Gerechtigkeit!

Die notwendige Finanzierung ist durch Gebühren bzw. Steuern zu sichern!“

Sollte es wegen der Verweigerungshaltung von CDU und SPD zu keiner vernünftigen gesetzlichen Lösung kommen, wird die Bürgerallianz ein **Volksbegehren** in Thüringen vorbereiten.

Mit der Gründung eines bundesweiten tätigen Vereins für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland im November 2010 eröffnet sich eine neue Dimension für den Kampf gegen Unrecht und Willkür.

Die Bürgerallianz wird die Möglichkeit einer umfassenden Vernetzung der Bürgerinitiativen nutzen.

Wir wollen endlich Gerechtigkeit für alle Bürger!

Mit freundlichen Grüßen gez. Peter Hammen am 04.02.2011